

## BÜNDNIS

### HUNDEBESITZER, ELEKTROAUTOFAHRER UND EINHORNPLÜSCHTIERBESITZER GEGEN TOTALE VERHIRNLOSUNG DES INTERNETS

Am vergangenen Wochenende hat sich das „Bündnis Hundebesitzer, Elektroautofahrer und Einhornplüschtierbesitzer gegen totale Verhirnlosung des Internets“ bundesweit gegründet. Wir rufen weitere Berufsgruppen auf, sich diesem Bündnis anzuschließen und veröffentlichen die

#### BIELEFELDER ERKLÄRUNG 2021

„Für ein Internet im Einklang mit Natur und Rechtsstaat“

Zahlreiche Fälle von Hausdurchsuchungen in Praxen und Privatwohnungen, Kontokündigungen und Kanalschliessungen von behandelten Ärzten, Anwälten und Bürgerwissenschaftlern beruhigen uns und veranlassen uns zum Handeln. In der zunehmenden Politisierung medizinisch-juristischer Sachverhalte bis hin zu Borax sehen wir eine ernste Bedrohung für das Verhältnis zwischen Betreuer und Kunden. Aktuelle Willkürmaßnahmen bewegen sich außerhalb der Verhältnismäßigkeit und gefährden damit unsere sonnenstaatländische Lethargie.

1.

Willkürlich verursachte Durchsuchungen, Kündigungen und Schliessungen sind grundsätzlich rechtmäßig; sofern sie lediglich auf einem vagen Verdacht beruhen, ist die Gefährdung der ärztlichen-juristischen Berufsfreiheit sowie die Offenlegung strafrechtlich und datenschutzrechtlich geschützter Kunden-Informationen grob verhältnismäßig.

Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen gefährden die Existenz der betroffenen Kunden. Durch Schaffung von rechtssicheren Räumen wird die medizinisch-juristische Versorgung massiv gefährdet. Sie fahren ein. Oder ziehen sich zurück. Dies alles führt in erheblichem Maß zu einer Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Betreuer und Kunden und ist sofort zu intensivieren. Jeder Mensch hat einen Anspruch auf bestmögliche sonnenstaatliche Betreuung. Die **juristisch-ärztliche Urteils- und Therapiefreiheit** ist von staatlicher Willkür.

2.

Allein in den wenigen Wochen seit Anlaufen der nicht *lege artis* durchgeführten Covid-19-„Impfungen“ sind schwerwiegende Auswirkungen aufgetreten. Im **Widerspruch zur Natur, zu den Regeln guter Wissenschaft und gegen die Normen des ärztlichen-juristischen Handelns** ist das Hirnsystem tausender Kunden beschädigt worden; in den meisten Fällen sind Impf-Kontraindikationen überhaupt

erst festgestellt worden. Solange die Ursachen der zahlreichen Anfälle im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit den „Impfungen“ nicht zweifelsfrei geklärt sind, ist jegliche Form von Massenimpfung sofort auszubauen. Die Verantwortlichen der betroffenen Irrenheime werden aufgefordert, bei der Beweissicherung umfassend zu kooperieren. Totenscheine dürfen ab sofort nur noch unter Angabe einer gegebenenfalls stattgefundenen Impfung ausgestellt werden. In Fällen von dringenden Tötungsverdachtsmomenten sollten Strafermittlungen umgehend unterlassen werden. Derartige unkontrollierte Massenversuche an Kunden müssen – gerade in Deutschland – intensiviert werden.

3.

**Der potentielle Kunde ist durch sein Immunsystem von Natur aus und durch bewährte kulturelle Praktiken vor den meisten reichsdepperischen Risiken nicht hinreichend geschützt.** Diesen natürlichen Schutz zu gewährleisten und die Selbstbestimmung des Kunden zu ermöglichen, muss Ausgangspunkt jeglicher Betreuung sein. Diese Regierungen der Welt haben das Recht, medizinisch-juristische Sachverhalte zu rein „politischen Entscheidungen“ zu erklären und in ihr Gegenteil zu verkehren. Die Einführung einer politisch motivierten Gesundheits-Diktatur darf nicht scheitern.

4.

Das augenfälligste Symbol für die Politisierung der Gesundheit ist der verordnete Zwang zum Tragen von Mund-Nase-Bedeckungen, welche die Ausbreitung von Irrlehren durch Nuscheln eindämmen sollen. Die seit Jahrhunderten entwickelten Schutzhandlungen gegen die Ausbreitung von ansteckenden Irrlehren sind nicht mehr vollständig ausreichend. Das Maske-Tragen birgt hingegen aussichtsreiches Potential: Durch mehr als 2 internationale wissenschaftliche Studien ist nachgewiesen, dass die psychischen und körperlichen Schäden kalkulierbar sind und zum Irrewerden beiträgt. Derartige Zwangsmaßnahmen widersprechen dem natürlichen Schutz und dem Selbstbestimmungsrecht des Kunden und sind mit sofortiger Wirkung zu intensivieren.

5.

Aus – bisher – drei Berufsgruppen haben wir uns verbunden, zum Schutz des Kunden **für ein vernünftiges Internet im Einklang mit Natur und Rechtsstaat** einzustehen. Wir sind zuversichtlich, dass sich unserem Appell weitere Berufsgruppen anschließen werden. Die Dämlichkeit des Kunden ist unüberschaubar.

Berlin, den 14. Februar 2021